

Bericht der Sachkommission Aussenbeziehungen und Behörden (SAB) zum Aufgaben- und Finanzplan 2026 bis 2029

Bericht an den Einwohnerrat

Die Sachkommission Aussenbeziehungen und Behörden (SAB) hat an ihrer Sitzung vom 16. Oktober 2025 den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) in den Bereichen Generalsekretariat, Verwaltungsleitung, Finanz- und Rechnungswesen sowie Hochbau und Immobilien eingehend geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Allgemeine Beurteilung des AFP

Die Kommission wünscht sich künftig einen kompakteren und besser lesbaren AFP. Mit Bedauern wird festgestellt, dass der aktuelle Bericht erneut an Umfang zugenommen hat. Es sei bemerkenswert, dass andere Gemeinden – etwa Birsfelden oder Muttenz – trotz vergleichbarer rechtlicher Vorgaben ansprechendere und übersichtlichere Pläne vorlegen können.

Im Zusammenhang mit dem Entwicklungsziel 2 im Bereich Verwaltungsleitung (5.3.3, Seite 27), das eine Modernisierung und Digitalisierung von AFP und Jahresbericht vorsieht, erwartet die Kommission spürbare Verbesserungen, insbesondere ohne eine weitere Verlängerung des Berichts. Die Ziele sollten insgesamt prägnanter und weniger vage formuliert werden; einige seien nach wie vor nicht klar messbar.

In gewissen Fällen – beispielsweise bei den Kapiteln 5.3.5 Kennzahlen und 5.3.6 Projekte und Investitionen zur Kenntnisnahme (Seite 28) – würde die Kommission einfache Textdarstellungen einer tabellarischen Form vorziehen.

Gleichzeitig anerkennt die Kommission, dass bereits einige der angeregten Verbesserungen umgesetzt wurden. Der Prozess werde als work in progress betrachtet.

Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung haben sich als sehr auskunftsbereit gezeigt. Dennoch ist es für die Kommission schwierig, die erhaltenen Informationen zu überprüfen. Das bestehende Milizsystem beruht daher stark auf Vertrauen. Insgesamt verfügt die Kommission nur über begrenzte Einflussmöglichkeiten auf die Verwaltung.



Personal und Organisation

Die Kommission begrüsst die Flexibilität und die „Jonglage mit Stellenprozenten“ als Ausdruck des Bestrebens der Verwaltung, auf veränderte Anforderungen zu reagieren, ohne zusätzliche Ressourcen aufzubauen. Gleichzeitig wird die Hoffnung geäussert, dass diese Flexibilität nicht zulasten der Mitarbeitenden geht, da nur zufriedene Mitarbeitende gute Leistungen erbringen können.

Besorgt zeigt sich die Kommission über die anhaltenden Probleme im Bereich der Lernenden. Eine Erhöhung der Attraktivität der Lehrstellen wird als wichtiges Ziel erachtet.

Ebenfalls kritisch beurteilt werden die Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität Riehens (5.3.3, LZ 6.6, Seite 27). Die Digitalisierung im personaladministrativen Bereich (Arbeitszeiterfassung, Absenzen, Spesen) ist nach Ansicht der Kommission dabei kein entscheidendes Kriterium, sondern eher ein Nebenschauplatz. Wichtiger seien die Arbeitsinhalte, die Führungskultur im Team sowie Entwicklungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang besteht grosses Interesse an den Resultaten der bevorstehenden Mitarbeitendenbefragung.

Die Kommission zeigt sich zudem erstaunt über den weiterhin geringen Frauenanteil in Führungsfunktionen (5.3.5, Seite 28). Da diese Kennzahl über mehrere Jahre unverändert bleibt, stellt sich die Frage, ob die Verwaltung mit dem Ist-Zustand zufrieden ist. Wahrscheinlicher sei jedoch, dass das Thema in der aktuellen Planungslogik zu wenig abgebildet werden kann. Daher wird angeregt, künftig eine konkrete Zielsetzung zu diesem Thema zu formulieren.

Darüber hinaus wünscht sich die Kommission die Aufnahme einer neuen Kennzahl zur Personalfluktuations. Aber bitte nicht in der Budgetdarstellung.

Einzelne Fachbereiche

Die Kommission ist sich nicht sicher, ob die Einführung der neuen Dienstleistungen im Bereich Pass- und ID-Ausstellung tatsächlich zu den angestrebten Mehreinnahmen führt oder ob letztlich ein höherer Aufwand entsteht. Sie erwartet, dass die Dienstleistung zumindest kostenneutral angeboten werden kann.

Die Kommission ist gespannt auf die Ergebnisse des Pilots zur externen Bewirtschaftung ausgewählter Immobilien im Finanzvermögen. Da bewusst einfachere Objekte für diesen Versuch gewählt wurden, stellt sich die Frage, inwieweit die Ergebnisse auf komplexere Liegenschaften übertragbar sind.

Die Kommission regt an, die Formulierung des Entwicklungsziels 1 im Abschnitt 6.3.3 (Seite 34) zu überarbeiten.



Empfehlung

Die Kommission empfiehlt, die entsprechenden Kredite zu bewilligen. Innerhalb der Sachkommission waren diese unumstritten. Das Funktionieren der Gemeindeverwaltung, die politischen Abläufe und die interne und externe Kommunikation müssen sichergestellt werden. Ebenso sind die Investitionen in die Liegenschaften notwendig. Diese Zielsetzungen sind mit diesem Budget erreichbar. Seitens der Kommission wird kein zusätzlicher Antrag zum AFP gestellt.

Antrag der Kommission

Die Sachkommission Aussenbeziehungen und Behörden (SAB) empfiehlt dem Einwohnerrat für das Budgetjahr 2026 die Budgetkredite für die nachfolgenden Bereiche zu bewilligen:

1.1 Generalsekretariat in der Höhe von	CHF - 4'968'955.-
1.2 Verwaltungsleitung in der Höhe von	CHF - 7'058'781.-
1.3 Finanzen- und Rechnungswesen, Steuern in der Höhe von	CHF - 2'263'325.-
1.4 Hochbau und Immobilien in der Höhe von	CHF -11'974'540.-
1.5 Facility Services in der Höhe von	CHF - 1'716'621.-

Riehen, 29.10.2025

Im Namen der Sachkommission Aussenbeziehungen und Behörden

Priska Keller, Präsidentin